

„Nun will ich Taten sehen!“

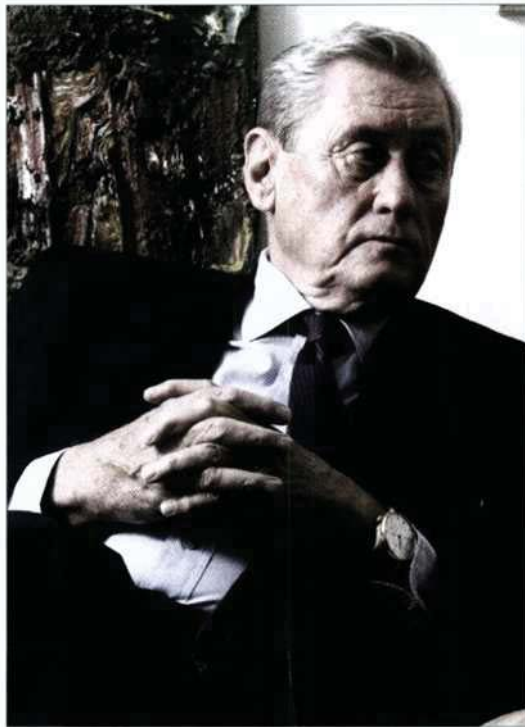
Wolfgang Freisleben sprach mit dem ehemaligen Vizekanzler, Finanzminister und heutigen Industriellen Hannes Androsch über Versäumnisse der letzten Regierung:

GELD° Magazin: Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

HANNES ANDROSCH: Es scheint, als hätten sich die Politiker der Nestroy'schen Formel verschrieben: „Was hat denn die Nachwelt für mich getan? Nichts! Genau das mach ich für sie.“ Das ist zwar ein bequemer, aber zukunftsverweigernder Standpunkt. Dass es uns 70 Jahre sehr gut gegangen ist, ist eine Verantwortung, dies auch unseren Kindern und Enkelkindern, zu ermöglichen. Das wird aber vernachlässigt.

Was sprechen Sie damit an?

An erster Stelle die Bildung. Das Erfordernis beginnt im vorschulischen Alter unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse, dass über 70 Prozent der Mütter berufstätig sind, und unter Berücksichtigung der neurowissenschaftlichen Erkenntnisse und der Pädagogik. Es bedarf einer ganztägigen vorschulischen Betreuung, um sicherzustellen, dass man zumindest die Landes- und Muttersprache altersadäquat lernt. Das gilt ebenso für den Pflichtschulbereich mit Ganztagschulen. Auch die Gymnasien werden den Anforderungen nicht gerecht. Denn sonst hätten wir nicht einen Nachhilfemarkt für 160 Millionen Euro. Die Universitäten sind mangelhaft ausgestattet. Dort gibt es zu viel Studenten, die gar nicht studieren wollen. Bei den Fachhochschulen haben wir hingegen Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren. Diese Studierenden haben einen sinnvollen Abschluss und keine Probleme, einen Job zu bekommen. Das ist bei den Universitäten nicht so. Wir haben doppelt so viele Unis als die Schweiz, sind aber im Ranking weit hinten. Wir brauchen daher ein besseres Leistungsangebot.



Soziale Leistungen: „Unfug, Ineffizienz, Verschwendung sind geradezu gesetzlich festgeschrieben worden“

Die Schweizer Universitäten haben 50 Prozent mehr Geld als unsere und ein besseres Betreuungsverhältnis von Professoren zu Studenten. Hinsichtlich Chancengleichheit haben wir eine entsprechende Förderung. Damit reduziert sich das Thema Studiengebühren auf ein Steuerungselement, mit dem man aber kein Finanzierungsdefizit ausgleichen kann. Da wird genauso ein unsinniger Glaubenskrieg geführt wie bei der Frage: Ganztagschule oder nicht.

Hat Ihr Bildungsvolksbegehren Einfluss auf die Regierung gehabt?

Das Bildungsvolksbegehren hat mehr Stimmen bekommen als zwei der nunmehr im Parlament vertretenen Parteien und fast so viele wie die Grünen. Es war also ein beachtliches Ergebnis, wenngleich nicht annähernd so, wie wir uns das gewünscht hätten. Gelungen ist jedenfalls, dass das Thema zur politischen Erörterung gelangt ist. Es kommt also etwas in Bewegung. Bildung wurde vor und nach der

Wahl an vorderster Stelle genannt. Aber, um Faust I zu zitieren: „Der Worte sind genug gewechselt, nun will ich Taten sehen.“ Es ist ja wirklich schon zu blöd. Nur in den drei westlichen Bundesländern ist das Anliegen bereits umgesetzt. Nicht zuletzt, weil vor der Haustüre in Südtirol seit 50 Jahren das Beispiel und das bessere Ergebnis zu sehen ist.

Wie kann man den Staat finanziell sanieren?

Wir kommen mit dem Geld nicht aus, sonst hätten wir nicht so eine hohe Schuldenquote. Gegenüber Schweiz und Schweden haben wir einen gewaltigen Änderungs- und Nachholbedarf. Die öffentlichen Haushalte wurden massiv für Spekulationen missbraucht, wie sich gezeigt hat. Jetzt bedürfen sie einer nachhaltigen Sanierung. Da sind auch soziale Leistungen zu reduzieren, weil Unfug, Ineffizienz, Verschwendung ja geradezu gesetzlich festgeschrieben wurden. Der Missbrauch mit der Hacklerregelung ist

ebenso zu beseitigen wie die Förderung von Biotreibstoff und das irrwitzig hohe Pendlerpauschale. Ausgabenseitig brauchen wir Korrekturen im Sozialstaat – aber nicht, um ihn zu beseitigen, sondern um ihn abzusichern. Da gibt es viele Widersprüche. Wir haben mit 34 Prozent der Wirtschaftsleistung die höchsten Transferleistungen, aber angeblich auch 1,4 Millionen Armutsgefährdete. Eines von beiden kann nicht stimmen. Oder die 34 Prozent sind ein unerträgliches Maß von Verschwendung. Wir haben eine der höchsten Familienförderungen, aber eine der niedrigsten Geburtenraten.

Wo sollte eine Steuerreform ansetzen?

Wir haben eine der höchsten Steuerbelastungsquoten, entkommen dem aber nicht, weil wir das Geld falsch ausgeben. Wir haben eine unerträgliche Steuerprogression. Also brauchen wir eine Reduktion von beidem. Im Einkommensbereich zahlt die Hälfte gar nichts. Dafür ▶

beginnt ab 1.180 Euro Monatseinkommen seit Grasser der Einstiegssteuersatz mit einer irrwitzigen Steuerprogression ab 36 Prozent. Arbeitskosten und Lohnstückkosten müssen steuerlich entlastet und wettbewerbsfähig gehalten werden. Und zwar im Vergleich zu Deutschland, Schweiz und Schweden. Weitere fällige Korrekturen: Die Grundsteuer ist sicher zu niedrig. Land- und Forstwirtschaft zahlen seit 30 Jahren nicht mehr als 25 Millionen Euro. Das ist eine Lachnummer. Die Mineralölsteuer ist zu niedrig; es macht ja verkehrs- und umweltpolitisch überhaupt keinen Sinn, dass wir den niedrigsten Treibstoffpreis gegenüber allen unseren Nachbarländern haben.



Bildung und Infrastruktur: „Wir leben gut, aber von der Ernte früherer Aussaaten“

Kanzler Faymann will eine Reichensteuer einführen. Macht das Sinn?

Wir hatten früher Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer, die insgesamt nicht einmal 500 Millionen gebracht haben. Jetzt soll das künftig drei Milliarden bringen und gleichzeitig gibt es lauter Ausnahmen: Für Häuselbauer, Land- und Forstwirtschaft, Unternehmen. Und der Rest zahlt erst ab einer Million – da muss man nicht einmal auf einem Bierdeckel rechnen, um zu erkennen, dass das ein Blödsinn ist.

Waren die Pensionen nicht schon 1980 in Ihrer Zeit als Finanzminister ein kritisches Thema?

Ja, aber es ist nichts geschehen. Man hat der demografischen Entwicklung nicht Rechnung getragen. Bei der Einführung des ASVG war der Zeitraum, während dem man Pension bezo-

gen hat, durchschnittlich zwei Jahre, jetzt liegt er bei 22 Jahren und dafür gehen wir früher in Pension und die Frauen noch früher, obwohl sie keinen Wehrdienst leisten müssen und auch dann, wenn sie keine Kinder haben. Das ist kein Akt der Gleichbehandlung, sondern eine grobe Ungleichbehandlung. Außerdem kann es ja wohl nicht sein, dass wir eine der höchsten Lebenserwartungen haben und eine der höchsten Invalidisierungsraten – da kann irgendetwas nicht stimmen: das eine ist gegeben, das andere ist ein Schmähl!

Das Frauenpensionsalter wird 2024 erhöht.

So viel Zeit haben wir nicht, wenn wir das Budget sanieren wollen. Das Triple-A-Rating, das Österreich 1976 von den Ratingagenturen erhalten hat, ist ohnedies schon verloren. Und im Übrigen geht die Pensionsregelung zu Lasten der Zukunft. Dann fehlen Mittel für Realinvestitionen, Infrastruktur und noch wichtiger für Bildung, Universitäten und Forschung. Wir leben gut, aber das von der Ernte früherer Aussaaten. Aber: wer nicht sät, wird auch nicht ernten. Und das trifft die kommenden Generationen.

Warum hat die Verwaltungsreform im Wahlkampf keine Rolle gespielt?

Unsere hypertrophe Verwaltung geht auf die Monarchie zurück und ist geblieben. Wir haben in den 83 Bezirkshauptmannschaften 7.000 Mitarbeiter und 70.000 in den Landesverwaltungen – mehr als im Bund, der ganz andere Aufgaben hat. Das ist ein verschwenderischer Unfug. Im Bundesheer haben wir 11.000 Wehrdienstler, aber 24.000 Verwaltungsbeamte, dreimal so viel wie in der Schweiz. Wir haben 1,1 Millionen Schüler, davon gehen 10 Prozent in Privatschulen. Für demnach weniger als eine Million haben wir 120.000 Lehrer, aber im Unterricht zu wenige, zu wenig Werteinheiten, zu wenig Begleitung und Unterstützung. Dieses System ist eine Geldverschwendung zu Lasten der Schüler, Lehrer und Eltern.

Ist der Föderalismus überhaupt zu ändern?

Man kann doch nicht warten, bis der „Zuchtmeister der leeren Kassen“ uns dazu zwingt! Ich respektiere die historische Verwurzelung der Bundesländer und Gemeinden. Aber der Föderalismus hat Konturen, die nicht mehr zeit-

gemäß sind. Wir haben neun Bauordnungen, neun Jugendschutz- und Wohlfahrtsgesetze, zehn Abgabenordnungen und anderen derartigen Unsinn. Aber die Länder haben nicht einmal ihre Bilanzen im Griff und haben munter spekuliert – mit Landeshypothekenanstalten und ohne. Der Kanton Glarus in der Schweiz hat 40.000 Einwohner und drei Gemeinden. Die Zusammenlegung auf diese drei haben sie mit einem kantonweiten Fest gefeiert. Da könnten wir uns ein Beispiel nehmen.

Wird der Euro Ihrem Anspruch von Hartwährungspolitik gerecht?

Ohne Europa keine Zukunft. Und ohne hätten wir nicht fast 70 Jahre in Frieden, Freiheit, Wohlstand und Wohlfahrt verbracht. Aber unvollständig, mit Schwächen und Nachholbedarf. Dazu gehört auch der Euro. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs notiert der Euro 1,45 zum Dollar. Als er 1999 eingeführt wurde, war es 1,18. Der Euro hat also unglaublich aufgewertet. Die US-Finanzwirtschaft hat in den letzten Monaten die gewaltigen Mittel von 85 Milliarden Dollar monatlich, die von der Zentralbank zur Verfügung gestellt werden, aus den Schwellenländern abgezogen und nach Europa transferiert. Also die Währung ist in Ordnung.

Somit ein gelungenes Experiment?

Noch nicht. Denn eine gemeinsame Währung bedarf eines Mindestmaßes an gemeinsamer Bankenregulierung und -aufsicht, also einer Banken-Union. Ebenso bedarf es eines Mindestmaßes an Abstimmung der Fiskalpolitik, weil es ja Ungleichgewichte gibt zwischen Ländern und Regionen. Also brauchen wir ein Mindestmaß an unterstützendem Transfer – vor allem in Richtung Strukturverbesserung und Wettbewerbsfähigkeit. Denn einige Länder wie Deutschland und Österreich haben einen Überschuss und andere zwangsläufig ein Defizit. Sogar China und die USA haben einen Deal. Die Chinesen haben einen Überschuss an Warenlieferungen und die USA damit billigere Konsumgüter. Aber die Chinesen borgen den Amerikanern Geld, indem sie Staatsanleihen kaufen. In diesem Sinn sind die Staatsanleihenkäufe der EZB natürlich richtig und zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen innerhalb der EU auch nötig.